

Wahl- und Abstimmungs- reglement (WAR)

1. Januar 2013



Inhaltsverzeichnis

1.	VERFAHREN AN DER GEMEINDEVERSAMMLUNG.....	4
1.1	Allgemeine Bestimmungen.....	4
	Einberufung der Versammlung	4
	Traktanden.....	4
	Erheblicherklären von Anträgen.....	4
	Rügepflicht.....	4
	Öffentlichkeit, Medien	4
	Versammlungsleitung	5
	Eröffnung	5
	Eintreten	5
	Beratung	5
	Ordnungsantrag	5
1.2	Abstimmungen	5
	Allgemeines	5
	Abstimmungsverfahren	5
	Gruppensieger (Cupsystem)	6
	Schlussabstimmung.....	6
	Form	6
	Stichentscheid.....	6
	Konsultativabstimmung	6
1.3	Wahlen	6
	Wahlen.....	6
	Stille Wahl.....	7
	Wahlakt, erster Wahlgang.....	7
	Zweiter Wahlgang	7
	Losentscheid.....	7
1.4	Protokoll.....	7
	Protokollführungspflicht.....	7
	Inhalt	7
	Öffentlichkeit; Genehmigung.....	8
2.	URNENGEMEINDE.....	8
2.1	Allgemeine Bestimmungen.....	8
	Anordnung	8
	Briefliche Stimmabgabe	8
	Stellvertretung.....	8
	Wahl- und Abstimmungslokale.....	8
	Druck der Stimm- und Wahlzettel	8
	Auflage der Stimm- und Wahlzettel.....	9
	Abstimmungs- und Wahlausschuss	9
	Instruktion	9
	Aufgaben	9
	Ungültige Wahl oder Abstimmung.....	9
	Neuansetzung.....	9
	Gültige Wahl oder Abstimmung	9
	Ermittlung der Ergebnisse.....	10
	Bekanntgabe der Ergebnisse.....	10
	Erwahrung	10
	Veröffentlichung	10
	Wahlanzeige	10
	Verfahren bei Unregelmässigkeiten	10
	Abstimmungs- und Wahlprotokoll	10
	Aufbewahrung Stimm- und Wahlmaterial.....	11
	Beschwerden	11

2.2 Urnenabstimmung.....	11
Urnenabstimmung.....	11
Initiative mit Gegenvorschlag.....	11
Zeitpunkt.....	12
Bekanntmachung.....	12
Abstimmungsmaterial.....	12
Ungültige Stimmzettel.....	12
Mehrheitsprinzip.....	13
2.3 Urnenwahlen.....	13
2.3.1 Gemeinsame Bestimmungen.....	13
Zeitpunkt.....	13
Bekanntmachung.....	13
Stille Wahl.....	13
Zustellung des Wahlmaterials.....	13
Wahlprospekte.....	13
Wahlvorschläge/Listen.....	14
Ausschlussgründe.....	14
Inhalt der Wahlvorschläge/Listen.....	14
Vertreter.....	14
Prüfung der Wahlvorschläge und Listen.....	14
Fehlende Wahlvorschläge oder Listen.....	15
2.3.2 Verhältniswahlen (Proporzahlen).....	15
Anwendungsbereich.....	15
Listen.....	15
Listenverbindung.....	15
Ausfüllen des Wahlzettels.....	15
Ungültige Wahlzettel.....	15
Ungültige Namen.....	16
Streichungen.....	16
Zusatzstimmen.....	16
Ermittlung.....	16
Verteilzahl.....	16
Erste Verteilung.....	16
Weitere Verteilung.....	16
Verteilung in Listenverbindungen.....	17
Gewählte und Ersatzleute.....	17
Ergänzungswahl.....	17
2.3.3 Mehrheitswahlen (Majorzwahlen).....	18
Anwendungsbereich.....	18
Wahl des Gemeindepräsidiums; Voraussetzungen.....	18
Erster Wahlgang, absolutes Mehr.....	18
Zweiter Wahlgang.....	18
Stille Wahl.....	18
Ersatzwahlen, Grundsatz.....	18
Ersatzwahl des Gemeindepräsidiums.....	19
3. WAHLEN DURCH BEHÖRDEN.....	19
Ergänzende Vorschriften.....	19
Verfahren.....	19
Wahlart.....	19
Form und Verfahren.....	19
Amtdauer.....	19
Rücktritt, Ersatzwahl.....	19
4. SCHLUSSBESTIMMUNGEN.....	20
Ergänzende Vorschriften.....	20
Strafen.....	20
Inkrafttreten.....	20
Aufhebung bisherigen Rechts.....	20

1. Verfahren an der Gemeindeversammlung

1.1 Allgemeine Bestimmungen

Einberufung der
Versammlung

Art. 1 ¹ Der Gemeinderat lädt die Stimmberechtigten zur Versammlung ein

- im zweiten Halbjahr, um den Voranschlag der laufenden Rechnung, die Anlage der obligatorischen sowie den Satz der fakultativen Gemeindesteuern für das Folgejahr zu beschliessen;
- auf schriftliches Verlangen eines Zehntels der Stimmberechtigten;
- wenn es die Geschäfte erfordern.

² Der Gemeinderat gibt Ort, Zeit und Traktanden für die Versammlung dreissig Tage vorher im amtlichen Anzeiger bekannt.

³ Der Gemeinderat setzt die Versammlungen so an, dass möglichst viele Stimmberechtigte daran teilnehmen können.

Traktanden

Art. 2 Die Versammlung darf nur traktandierte Geschäfte endgültig beschliessen.

Erheblicherklären
von Anträgen

Art. 3 ¹ Unter dem Traktandum „Verschiedenes“ kann eine stimmberechtigte Person verlangen, dass der Gemeinderat für eine nächste Versammlung ein Geschäft, das in die Zuständigkeit der Versammlung fällt, traktandiert.

² Die Präsidentin oder der Präsident unterbreitet diesen Antrag der Versammlung zum Entscheid.

³ Nehmen die Stimmberechtigten den Antrag an, hat er die gleiche Wirkung wie eine Initiative.

Rügepflicht

Art. 4 ¹ Stellt eine stimmberechtigte Person die Verletzung von Zuständigkeits- bzw. Verfahrensvorschriften fest, hat sie den Präsidenten sofort auf diese hinzuweisen.

² Unterlässt sie pflichtwidrig einen solchen Hinweis, verliert sie das Beschwerderecht (Art. 49a des Gemeindegesetzes).

Öffentlichkeit, Medien

Art. 5 ¹ Die Gemeindeversammlung ist öffentlich.

² Die Medien dürfen über die Versammlung berichten.

³ Die Versammlung entscheidet über die Zulässigkeit von Bild- und Tonaufnahmen und deren Übertragung.

⁴ Jede anwesende stimmberechtigte Person kann verlangen, dass ihre Äusserungen nicht aufgezeichnet und nicht übertragen werden.

Versammlungsleitung	<p>Art. 6 ¹ Die Präsidentin oder der Präsident leitet die Versammlung.</p> <p>² Die Versammlung entscheidet nicht geregelte Verfahrensfragen.</p> <p>³ Die Präsidentin oder der Präsident entscheidet Rechtsfragen.</p>
Eröffnung	<p>Art. 7 Die Präsidentin oder der Präsident</p> <ul style="list-style-type: none">• eröffnet die Versammlung;• fragt, ob alle Anwesenden stimmberechtigt sind;• sorgt dafür, dass Nichtstimmberechtigte gesondert sitzen;• veranlasst die Wahl der Stimmzähler;• lässt die Anzahl der Stimmberechtigten feststellen und• gibt Gelegenheit, die Reihenfolge der Traktanden zu ändern.
Eintreten	<p>Art. 8 Die Versammlung tritt ohne Beratung und Abstimmung auf jedes Geschäft ein.</p>
Beratung	<p>Art. 9 ¹ Die Stimmberechtigten dürfen sich zum Geschäft äussern und Anträge stellen. Die Präsidentin oder der Präsident erteilt ihnen das Wort.</p> <p>² Die Versammlung kann die Redezeit und die Zahl der Äusserungen beschränken.</p> <p>³ Die Präsidentin oder der Präsident klärt nach unklaren Äusserungen ab, ob ein Antrag vorliegt.</p>
Ordnungsantrag	<p>Art. 10 ¹ Die Stimmberechtigten können beantragen, die Beratung zu schliessen.</p> <p>² Die Präsidentin oder der Präsident lässt über einen solchen Ordnungsantrag sofort abstimmen.</p> <p>³ Nimmt die Versammlung diesen Antrag an, haben einzig noch</p> <ul style="list-style-type: none">• die Stimmberechtigten, die sich vor dem Antrag gemeldet haben;• die Sprecher der vorberatenden Organe und• wenn es um Initiativen geht, ein Sprecher der Initianten das Wort.

1.2 Abstimmungen

Allgemeines	<p>Art. 11 Die Präsidentin oder der Präsident</p> <ul style="list-style-type: none">• schliesst die Beratung, wenn sich niemand mehr äussern will;• erläutert das Abstimmungsverfahren und• gibt den Stimmberechtigten Gelegenheit, das Abstimmungsverfahren anders festzulegen.
Abstimmungsverfahren	<p>Art. 12 ¹ Das Abstimmungsverfahren ist so festzulegen, dass der wahre Wille der Stimmberechtigten zum Ausdruck kommt.</p>

	<p>² Die Präsidentin oder der Präsident</p> <ul style="list-style-type: none"> • unterbricht wenn nötig die Versammlung, um das Abstimmungsverfahren vorzubereiten; • erklärt Anträge für ungültig, die rechtswidrig sind oder vom Traktandum nicht erfasst werden; • lässt über einen allfälligen Rückweisungsantrag abstimmen; • fasst diejenigen Anträge zu Gruppen zusammen, die sich nicht gleichzeitig verwirklichen lassen und • lässt für jede Gruppe den Sieger (Art.13) ermitteln.
Gruppensieger (Cupsystem)	<p>Art. 13 ¹ Die Präsidentin oder der Präsident fragt bei zwei Anträgen, die sich nicht gleichzeitig verwirklichen lassen: „Wer ist für Antrag A?“ – „Wer ist für Antrag B?“. Der Antrag, auf den mehr Stimmen entfallen, ist Gruppensieger.</p> <p>² Liegen drei oder mehr Anträge, die sich nicht gleichzeitig verwirklichen lassen, vor, stellt der Präsident gemäss Abs. 1 solange zwei Anträge einander gegenüber, bis der Gruppensieger feststeht (Cupsystem).</p> <p>³ Die Gemeindegemeinderin oder der Gemeindegemeinder schreibt die Anträge der Reihe nach auf. Der Präsident stellt zuerst den letzten Antrag dem zweitletzten gegenüber, den Sieger dem drittletzten usw.</p>
Schlussabstimmung	<p>Art. 14 Die Präsidentin oder der Präsident stellt am Schluss die bereinigte Vorlage vor und fragt: „Wollt ihr diese Vorlage annehmen?“</p>
Form	<p>Art. 15 ¹ Die Versammlung stimmt offen ab.</p> <p>² Ein Viertel der anwesenden Stimmberechtigten kann eine geheime Abstimmung verlangen.</p>
Stichentscheid	<p>Art. 16 Die Präsidentin oder der Präsident stimmt mit. Bei Stimmen-gleichheit gibt sie oder er zudem den Stichentscheid.</p>
Konsultativabstimmung	<p>Art. 17 ¹ Der Gemeinderat kann die Versammlung einladen, sich zu Ge-schäften zu äussern, die nicht in ihre Zuständigkeit fallen.</p> <p>² Er ist an diese Stellungnahme nicht gebunden.</p> <p>³ Das Verfahren ist gleich wie bei Abstimmungen (Art. 12 ff).</p>
	<h3>1.3 Wahlen</h3>
Wahlen	<p>Art. 18 Die Stimmberechtigten wählen an der Gemeindeversammlung im Mehrheitswahlverfahren:</p> <p>a das Rechnungsprüfungsorgan der Gemeinde;</p> <p>b die Stimmzählerinnen und Stimmzähler für die nämliche Ver-sammlung.</p>

Stille Wahl	Art. 19 Übersteigt die Anzahl der eingereichten Wahlvorschläge die Zahl der zu vergebenden Sitze oder Mandate nicht, erklärt die Präsidentin oder der Präsident die Vorgeschlagenen als gewählt.
Wahlakt, erster Wahlgang	Art. 20 ¹ Die Versammlung wählt in offener Wahl aus den Vorgeschlagenen. ² Ein Drittel der Stimmberechtigten kann geheime Wahl verlangen. Über einen solchen Antrag ist sofort abzustimmen. ³ Gewählt ist, wer im ersten Wahlgang das absolute Mehr erreicht. Erreichen mehrere Kandidatinnen oder Kandidaten das absolute Mehr, sind diejenigen gewählt, die am meisten Stimmen erzielen.
Zweiter Wahlgang	Art. 21 ¹ Haben im ersten Wahlgang zu wenig Kandidierende das absolute Mehr erreicht, ordnet die Präsidentin oder der Präsident einen zweiten Wahlgang an. ² Im zweiten Wahlgang bleiben höchstens doppelt so viele Vorgeschlagene, als Sitze zu besetzen sind. Massgebend ist die Stimmenzahl des ersten Wahlgangs. ³ Gewählt sind diejenigen mit den höchsten Stimmenzahlen.
Losentscheid	Art. 22 Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los, das durch die Präsidentin oder den Präsidenten gezogen wird.
	1.4 Protokoll
Protokollführungspflicht	Art. 23 ¹ Über die Verhandlungen der Gemeindeversammlung ist Protokoll zu führen. ² Die Gemeindeschreiberin oder der Gemeindeschreiber sorgt für die Protokollierung der Verhandlungen an der Gemeindeversammlung.
Inhalt	Art. 24 Das Protokoll der Gemeindeversammlung enthält: <i>a</i> Ort, Datum und Dauer der Gemeindeversammlung; <i>b</i> die Namen der Versammlungsleitung und der protokollführenden Person; <i>c</i> die Zahl der anwesenden Stimmberechtigten; <i>d</i> die Reihenfolge der Traktanden; <i>e</i> die Anträge; <i>f</i> das angewandte Abstimmungs- und Wahlverfahren; <i>g</i> alle Beschlüsse und Wahlergebnisse; <i>h</i> allfällige Rügen gemäss Art. 4; <i>i</i> die Zusammenfassung des Sachverhalts und der Beratungen; <i>j</i> die Unterschriften der Präsidentin oder des Präsidenten sowie der protokollführenden Person.

Öffentlichkeit;
Genehmigung

Art. 25 ¹ Das Protokoll der Gemeindeversammlung ist öffentlich.

² Die Gemeindeschreiberin oder der Gemeindeschreiber legt das Protokoll spätestens 30 Arbeitstage nach der Gemeindeversammlung während 30 Tagen in der Gemeindeverwaltung zur Einsichtnahme öffentlich auf.

³ Während der öffentlichen Auflage des Protokolls kann beim Gemeinderat schriftlich Einsprache gegen das Protokoll erhoben werden.

⁴ Über allfällige Einsprachen entscheidet der Gemeinderat. Er genehmigt das Protokoll.

2. Urnengemeinde

2.1 Allgemeine Bestimmungen

Anordnung

Art. 26 Zuständig für die Anordnung und Bekanntmachung der Urnenwahlen und Urnenabstimmungen ist der Gemeinderat.

Briefliche Stimmabgabe

Art. 27 Für die briefliche Stimmabgabe gelten die gleichen Bestimmungen wie für die eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen.

Stellvertretung

Art. 28 Stellvertretung bei der Stimmabgabe ist nicht zugelassen.

Wahl- und
Abstimmungslokale

Art. 29 ¹ Der Gemeinderat bezeichnet die Wahl- und Abstimmungslokale.

² Er bestimmt die Öffnung der Wahl- und Abstimmungslokale im Rahmen der kantonalen Vorschriften.

³ Er sorgt für die ordnungsgemässe Bekanntmachung der Standorte und Öffnungszeiten der Wahl- und Abstimmungslokale.

Druck der Stimm-
und Wahlzettel

Art. 30 ¹ Die Gemeindeschreiberin oder der Gemeindeschreiber ordnet den Druck der Stimm- und Wahlzettel an.

² Bei Wahlen lässt sie oder er für alle Stimmberechtigten
a Wahlzettel mit den bereinigten Wahlvorschlägen (ausseramtliche) und
b Wahlzettel ohne Vordruck (amtliche)
herstellen.

³ Die Unterzeichnenden der Wahlvorschläge können zusätzliche ausseramtliche Wahlzettel zum Selbstkostenpreis beziehen.

⁴ Finden gleichzeitig Abstimmungen und Wahlen statt, müssen sich die Zettel in der Farbe voneinander unterscheiden.

⁵ Auf den Stimm- und Wahlzetteln sind die einzelnen Gegenstände, über die abgestimmt wird, zu bezeichnen.

Auflage der Stimm- und Wahlzettel

Art. 31 Den Stimmberechtigten sind in den Stimmlokalen in genügender Anzahl leere amtliche Stimm- und Wahlzettel zur Verfügung zu halten. Andere, insbesondere ausseramtliche Stimm- und Wahlzettel sowie Aufrufe oder Wahlvorschläge dürfen im Stimmlokal weder ausgeteilt noch aufgelegt, angeschlagen oder angeschrieben werden.

Abstimmungs- und Wahlausschuss

Art. 32 ¹ Der ständige Abstimmungs- und Wahlausschuss besteht aus 15 Mitgliedern.

² Bei Wahlen kann der Gemeinderat den Ausschuss erweitern.

³ Die Namen der Mitglieder sind einmal im amtlichen Anzeiger zu publizieren.

Instruktion

Art. 33 Der Gemeinderat kann die Ausschussmitglieder vor dem Abstimmungs- oder Wahltag zu einer Instruktion einberufen.

Aufgaben

Art. 34 ¹ Die Mitglieder des Ausschusses versammeln sich auf schriftliche Einladung des Gemeinderats hin vor Beginn des Urnendienstes im Stimmlokal.

² Die Präsidentin oder der Präsident des Ausschusses gibt Kenntnis von den gesetzlichen Bestimmungen, regelt den Urnendienst und zieht bei Wahlgeschäften gegebenenfalls das Los.

³ Dem Ausschuss obliegt im Übrigen die Wahrung von Ruhe und Ordnung im Stimmlokal. Er sorgt dafür, dass die Stimmberechtigten die Stimm- und Wahlzettel unbeeinflusst und ungestört ausfüllen können.

Ungültige Wahl oder Abstimmung

Art. 35 ¹ Nach Schluss des Wahl- und Abstimmungsganges stellt der Ausschuss zunächst fest, wie viele Ausweiskarten und abgestempelte Stimm- oder Wahlzettel eingelangt sind.

² Übersteigt die Zahl der abgestempelten Zettel die Zahl der Ausweiskarten, ist die Wahl oder Abstimmung ungültig. Der Ausschuss hält dieses Ergebnis im Protokoll fest und teilt es unverzüglich der Gemeindepräsidentin oder dem Gemeindepräsidenten mit. Die Ausweiskarten und Zettel sind versiegelt oder plombiert und sicher aufzubewahren.

Neuansetzung

³ In diesem Fall setzt der Gemeinderat einen neuen Abstimmungs- oder Wahlgang an. Bei Wahlen können keine neuen Wahlvorschläge eingereicht werden. Die bestehenden Listen und Vorschläge bleiben gültig.

Gültige Wahl oder Abstimmung

⁴ Ist die Zahl der abgestempelten Zettel nicht grösser als die Zahl der Ausweiskarten, ist die Wahl oder Abstimmung gültig, und der Ausschuss ermittelt das Ergebnis nach den folgenden Bestimmungen.

Ermittlung der Ergebnisse	Art. 36 Die Ergebnisse der Abstimmungen und Wahlen werden vom gesamten Ausschuss ermittelt. Zu diesem Zweck versammelt sich dieser am Abstimmungs- oder Wahltag in einem geeigneten Raum. Er führt die Auszählung so rasch als möglich zu Ende.
Bekanntgabe der Ergebnisse	Art. 37 ¹ Der Präsident oder die Präsidentin des Ausschusses hat die Ergebnisse jedes Abstimmungs- oder Wahlgangs durch Anschlag sofort bekanntzugeben.
Erwahrung	² Der Gemeinderat erwahrt die Ergebnisse von Gemeindeabstimmungen und -wahlen, wenn <i>a</i> keine Mängel zu beheben sind; <i>b</i> durch die Wahl keine Unvereinbarkeit eingetreten und <i>c</i> die Beschwerdefrist unbenützt abgelaufen oder über eingegangene Beschwerden rechtskräftig entschieden ist.
Veröffentlichung	³ Die erwarteten Ergebnisse werden im amtlichen Anzeiger veröffentlicht.
Wahlanzeige	⁴ Der Gemeinderat stellt den Gewählten eine Wahlanzeige zu.
Verfahren bei Unregelmässigkeiten	Art. 38 ¹ Jedes Mitglied des Ausschusses oder drei Stimmberechtigte können bis spätestens drei Tage nach einer Abstimmung oder Wahl unter Angabe der Gründe beim Gemeinderat das Gesuch stellen, die Stimm- oder Wahlzettel nachzuprüfen. ² Erweist sich das Gesuch um eine Nachprüfung als gerechtfertigt, so wird sie von der Gemeindeverwaltung vorgenommen. ³ Der Gemeinderat ordnet von sich aus Massnahmen an, wenn ihm Unregelmässigkeiten bei einer Abstimmung oder Wahl zur Kenntnis gelangen. ⁴ Er trifft die notwendigen Anordnungen zur Behebung festgestellter Mängel wenn möglich vor Schluss des Abstimmungs- oder Wahlgangs.
Abstimmungs- und Wahlprotokoll	Art. 39 ¹ Der Ausschuss erstellt über jeden Abstimmungs- und Wahlgang ein Protokoll. ² Das Protokoll muss enthalten: <i>a</i> das Datum und den Zweck der Abstimmung oder Wahl; <i>b</i> die Zahl der Stimmberechtigten gemäss Stimmregister; <i>c</i> die Zahl der eingelangten Ausweiskarten; <i>d</i> die Stimmbeteiligung; <i>e</i> die Zahl der leeren und ungültigen Stimm- und Wahlzettel; <i>f</i> die Zahl der in Betracht fallenden gültigen Stimm- und Wahlzettel; <i>g</i> allfällige Bemerkungen des Ausschusses. ³ Ferner bei Abstimmungen die Zahl der annehmenden und verwerfenden Stimmen pro Vorlage. ⁴ Bei Majorzwahlen zudem: <i>a</i> die Zahl der auf jede Kandidatin oder jeden Kandidaten entfallenden Stimmen;

- b* das absolute Mehr im ersten Wahlgang;
- c* die Namen der Gewählten.

⁵ Bei Proporzahlen ausserdem:

- a* die eingereichten Listen;
- b* die Bezeichnung der miteinander verbundenen Listen;
- c* die Kandidatenstimmen jeder Liste;
- d* die Zusatzstimmen jeder Liste;
- e* die Parteistimmen jeder Liste;
- f* die leeren Stimmen;
- g* die Gesamtzahl der auf die verbundenen Listen entfallenden Parteistimmen;
- h* die Verteilzahl;
- i* die Zahl der erreichten Sitze jeder Liste;
- j* die Namen der Gewählten und Ersatzleute mit ihrer Stimmenzahl.

⁶ Das Protokoll ist von der Präsidentin oder vom Präsidenten und der Sekretärin oder dem Sekretär des Ausschusses zu unterzeichnen und dem Gemeinderat zuzustellen.

Aufbewahrung Stimm- und Wahlmaterial

Art. 40 ¹ Das Material wird geordnet, verpackt und mit einem Doppel des Abstimmungs- und Wahlprotokolls zusammen versiegelt oder plombiert sicher aufbewahrt. Es dient als Beweismaterial in einem allfälligen Beschwerdeverfahren oder für eine amtliche Nachzählung.

² Nach unbenütztem Ablauf der Beschwerdefrist oder der rechtskräftigen Beurteilung allfälliger Beschwerden vernichtet die Gemeindeschreiberin oder der Gemeindeschreiber das Material.

Beschwerden

Art. 41 ¹ Beschwerden in Wahlsachen sind binnen zehn Tagen, alle übrigen Beschwerden binnen dreissig Tagen bei der Regierungsstatthalterin oder dem Regierungsstatthalter zu erheben.

² Die Frist beginnt für Urnenabstimmungen und -wahlen am Tag nach dem Urnengang zu laufen.

2.2 Urnenabstimmung

Urnenabstimmung

Art. 42 Die Stimmberechtigten beschliessen an der Urne über einmalige Ausgaben von mehr als einer Million Franken.

Initiative mit Gegenvorschlag

Art. 43 ¹ Ein allfälliger Gegenvorschlag wird gleichzeitig mit der Initiative der Volksabstimmung unterbreitet.

² Die Stimmberechtigten können gültig beiden Vorlagen zustimmen.

³ Den Stimmberechtigten werden auf demselben Stimmzettel drei Fragen vorgelegt:

1. Wollt Ihr die Initiative annehmen?
2. Wollt Ihr den Gegenvorschlag annehmen?

3. Falls sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag vom Volk angenommen werden: Soll die Initiative oder der Gegenvorschlag in Kraft treten?
Für die Beantwortung der dritten Frage ist das entsprechende Feld auf dem Stimmzettel zu kennzeichnen.
- ⁴ Das Mehr wird für jede Frage getrennt ermittelt. Leere und ungültige Stimmen fallen dabei ausser Betracht.
- ⁵ Werden sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag angenommen, so entscheidet das Ergebnis der dritten Frage. In Kraft tritt die Vorlage, die bei dieser Frage mehr Stimmen erzielt.
- Zeitpunkt **Art. 44** ¹ Der Gemeinderat legt den Zeitpunkt der Urnenabstimmung fest.
- ² Der Abstimmungstag soll nach Möglichkeit mit eidgenössischen oder kantonalen Wahlen und Abstimmungen zusammenfallen.
- ³ Urnenabstimmungen finden am Wochenende statt. Als Abstimmungstag gilt der jeweilige Sonntag.
- Bekanntmachung **Art. 45** ¹ Die Durchführung von Urnenabstimmungen wird vom Gemeinderat mindestens dreissig Tage vor dem Abstimmungstag bekannt gemacht.
- ² In der öffentlichen Bekanntmachung sind insbesondere Zeitpunkt (Wahltag) und Ort der Urnenabstimmung sowie die den Stimmberechtigten unterbreiteten Abstimmungsgegenstände aufzuführen.
- Abstimmungsmaterial **Art. 46** ¹ Die Stimmberechtigten erhalten das Abstimmungsmaterial (Stimmrechtsausweis, Abstimmungsvorlage, Stimmzettel) spätestens drei Wochen vor dem Abstimmungstag. Sind für gleichzeitig stattfindende eidgenössische oder kantonale Urnengänge kürzere Zustellfristen möglich, so gelten diese auch für die Zustellung der kommunalen Stimm- und Wahlzettel.
- ² Die Abstimmungsvorlage enthält eine kurze und sachliche Botschaft des Gemeinderates, welche auch den Argumenten der Gegnerschaft der Vorlage Rechnung trägt.
- ³ Stimmberechtigte, die keine Ausweiskarte erhalten oder diese verloren haben, können bis spätestens am Freitag vor dem Abstimmungswochenende, 11.30 Uhr, bei der Gemeindeverwaltung ein Doppel verlangen. Diese neue Ausweiskarte ist mit dem Vermerk „Doppel“ zu kennzeichnen.
- Ungültige Stimmzettel **Art. 47** ¹ Stimmzettel, die nicht vom Ausschuss abgestempelt sind, fallen ausser Betracht.
- ² Abgestempelte Stimmzettel sind ungültig, wenn sie
- a nicht amtlich sind;
 - b anders als eigenhändig und handschriftlich ausgefüllt sind;

c den Willen der Stimmenden nicht eindeutig erkennen lassen;
 d ehrverletzende Äusserungen oder offensichtliche Kennzeichen enthalten.

³ Bei brieflicher Stimmabgabe bleiben ausserdem die hiefür geltenden besonderen Ungültigkeitsgründe vorbehalten.

Mehrheitsprinzip

Art. 48 Eine Abstimmungsvorlage ist angenommen, wenn sie die Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen erhalten hat. Für die Berechnung des Mehrs fallen die leeren Stimmen ausser Betracht.

2.3 Urnenwahlen

2.3.1 Gemeinsame Bestimmungen

Zeitpunkt

Art. 49 ¹ Urnenwahlen finden an den Wochenenden statt. Als Wahltag gilt der jeweilige Sonntag.

² Ordentliche Urnenwahlen finden in der Regel im vierten Quartal statt. Allfällige Ersatzwahlen werden vom Gemeinderat nach Bedarf angeordnet.

Bekanntmachung

Art. 50 ¹ Die Durchführung von ordentlichen Urnenwahlen und von allfälligen Ersatzwahlen wird vom Gemeinderat spätestens 16 Wochen vor dem Wahltag im amtlichen Anzeiger bekannt gemacht.

² In der öffentlichen Bekanntmachung sind insbesondere Art, Zeitpunkt (Wahltag) und Ort der vorzunehmenden Wahlen aufzuführen.

Stille Wahl

Art. 51 Übersteigt die Gesamtzahl der Kandidatinnen und Kandidaten aller Listen die Zahl der zu besetzenden Sitze nicht, werden sie alle vom Gemeinderat ohne Wahlverhandlung als gewählt erklärt. Diese Tatsache ist im nächsten amtlichen Anzeiger bekanntzumachen.

Zustellung des Wahlmaterials

Art. 52 ¹ Jeder stimmberechtigten Person ist spätestens 10 Tage vor dem Wahltag das amtliche Wahlmaterial (Ausweiskarte über die Stimmberechtigung, amtliche sowie ausseramtliche Wahlzettel) zuzustellen.

² Bei einem allfälligen zweiten Wahlgang ist das amtliche Wahlmaterial spätestens fünf Tage vor dem Wahltag zuzustellen.

³ Wahlberechtigte, die keine Ausweiskarte erhalten oder diese verloren haben, können bis spätestens am Freitag vor dem Wahlwochenende, 11.30 Uhr, bei der Gemeindeverwaltung ein Doppel verlangen. Diese neue Ausweiskarte ist mit dem Vermerk „Doppel“ zu kennzeichnen.

Wahlprospekte

⁴ Bei kommunalen Wahlen können die Parteien und Wählergruppen ihre Wahlprospekte auf Kosten der Gemeinde verschicken lassen. Der Gemeinderat erlässt Weisungen betreffend Format, Gewicht, Abgabetermin und Mithilfe beim Verpacken.

Wahlvorschläge/
Listen

Art. 53 ¹ Die Wahlvorschläge und Listen sind bis spätestens am 12. Montag vor der Wahl, mittags 12.00 Uhr, schriftlich bei der Gemeindegeschreiberei einzureichen.

² Der Wahlvorschlag oder die Liste muss von mindestens zehn Stimmberechtigten unterzeichnet sein. Die Unterzeichnung des eigenen Wahlvorschlags, bzw. der eigenen Liste ist nicht zulässig.

³ Stimmberechtigte dürfen nicht mehr als einen Wahlvorschlag oder eine Liste für das gleiche Amt unterzeichnen. Sie können nach Einreichung des Wahlvorschlags oder der Liste ihre Unterschrift nicht zurückziehen.

Ausschlussgründe

Art. 54 ¹ Die Vorgeschlagenen dürfen für die gleiche Behörde nicht auf mehr als einem Wahlvorschlag oder einer Liste stehen.

² Stehen sie auf mehreren Wahlvorschlägen oder Listen, so haben sie sich auf Aufforderung der Gemeindegeschreiberin / des Gemeindegeschreibers bis zum 11. Montag vor der Wahl für einen zu entscheiden. Auf den übrigen werden sie gestrichen.

³ Geben sie innerhalb dieser Frist keine Erklärung ab, so werden sie auf allen Vorschlägen gestrichen.

Inhalt der
Wahlvorschläge/
Listen

Art. 55 ¹ Die Wahlvorschläge und Listen müssen Familien- und Vornamen, Geburtsjahr, Beruf und Wohnadresse sowie die unterschriebene Zustimmung der Vorgeschlagenen enthalten.

² Zu seiner Unterscheidung von andern Vorschlägen muss jeder Vorschlag eine geeignete Bezeichnung tragen.

³ Ein Wahlvorschlag oder eine Liste darf nicht mehr Namen enthalten, als Sitze zu besetzen sind. Bei Proporzahlen darf dabei kein Name mehr als zweimal aufgeführt werden.

Vertreter

Art. 56 Die Erstunterzeichner der Wahlvorschläge oder Listen, im Falle ihrer Verhinderung die Zweitunterzeichner, gelten gegenüber den Gemeindeorganen als bevollmächtigte Vertreter. Sie sind befugt, rechtsverbindlich die nötigen Erklärungen zur Bereinigung ihres Wahlvorschlags oder Liste abzugeben.

Prüfung der
Wahlvorschläge
und Listen

Art. 57 ¹ Die Gemeindegeschreiberin oder der Gemeindegeschreiber prüft jeden Wahlvorschlag, jede Liste sogleich bei der Einreichung und macht den Überbringer auf allfällige Mängel aufmerksam.

² Werden Mängel erst später entdeckt, so werden sie unverzüglich der Vertreterin oder dem Vertreter des Wahlvorschlags oder der Liste mitgeteilt. Bis zu dem in Art. 54 Abs. 2 erwähnten Zeitpunkt können die Mängel behoben werden. Nach diesem Zeitpunkt dürfen an den Wahlvorschlägen oder Listen keine Änderungen mehr vorgenommen werden.

³ Wollen die Vertreter die Mängel nicht anerkennen, entscheidet der Gemeinderat unverzüglich.

Fehlende
Wahlvorschläge
oder Listen

Art. 58 ¹ Werden keine oder zu wenig Wahlvorschläge oder Listen eingereicht, können die Stimmberechtigten für die nicht bereits in stiller Wahl besetzten Sitze beliebig wählbare Personen wählen. Es sind diejenigen gewählt, die am meisten Stimmen erzielt haben. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los.

² Die Gemeindeschreiberin oder der Gemeindeschreiber hat das Fehlen von genügend gültigen Wahlvorschlägen oder Listen samt Hinweis auf die Freiheit der Stimmabgabe nach Abs. 1 nach dem 11. Montag vor dem Wahltag im amtlichen Anzeiger bekanntzumachen.

2.3.2 Verhältniswahlen (Proporzahlen)

Anwendungsbereich

Art. 59 Die Stimmberechtigten wählen im Verhältniswahlverfahren sechs Mitglieder des Gemeinderates.

Listen

Art. 60 Die bereinigten Wahlvorschläge werden als Listen bezeichnet. Die Gemeindeschreiberin oder der Gemeindeschreiber versieht diese mit einer Ordnungsnummer.

Listenverbindung

Art. 61 ¹ Zwei oder mehrere Wahlvorschläge können bis zu dem unter Art. 53 Abs. 1 erwähnten Zeitpunkt durch übereinstimmende schriftliche Erklärung der Unterzeichnenden oder ihrer Vertreterinnen oder Vertreter miteinander verbunden werden.

² Unterlistenverbindungen sind nicht zulässig.

Ausfüllen des
Wahlzettels

Art. 62 ¹ Wer den amtlichen Wahlzettel benützt, kann handschriftlich Namen von Kandidatinnen und Kandidaten eintragen und die Bezeichnung oder Ordnungsnummer einer Liste anbringen.

² Wer einen ausseramtlichen Wahlzettel benützt, kann die Namen von Kandidatinnen und Kandidaten streichen, solche anderer Listen eintragen (panaschieren) und die Ordnungsnummer und Listenbezeichnung streichen oder durch eine andere ersetzen. Sämtliche Änderungen sind handschriftlich vorzunehmen.

³ Kandidatinnen und Kandidaten können zweimal auf einem amtlichen oder ausseramtlichen Wahlzettel aufgeführt werden (kumulieren).

Ungültige Wahlzettel

Art. 63 ¹ Wahlzettel, die nicht vom Ausschuss abgestempelt sind, fallen ausser Betracht.

² Abgestempelte Wahlzettel sind ungültig, wenn sie

- a nicht aus dem von der Gemeindeverwaltung gedruckten Satz der amtlichen und ausseramtlichen Wahlzettel stammen;
- b eine Listenbezeichnung oder eine Ordnungsnummer, jedoch keinen Namen einer Kandidatin oder eines Kandidaten enthalten;
- c anders als eigenhändig und handschriftlich ausgefüllt oder geändert sind;

	<p><i>d</i> den Wählerwillen nicht eindeutig erkennen lassen;</p> <p><i>e</i> ehrverletzende Äusserungen oder offensichtliche Kennzeichen enthalten.</p> <p>³ Bei brieflicher Stimmabgabe bleiben ausserdem die hiefür geltenden besonderen Ungültigkeitsgründe vorbehalten.</p>
Ungültige Namen	<p>Art. 64 ¹ Namen, die auf keiner Liste stehen, sind ungültig und werden gestrichen.</p> <p>² Steht der Name einer Kandidatin oder eines Kandidaten mehr als zweimal auf einem Wahlzettel, so werden die überzähligen Wiederholungen gestrichen.</p>
Streichungen	<p>Art. 65 ¹ Enthält ein Wahlzettel nach Vornahme allfälliger Streichungen im Sinne von Art. 64 mehr Namen, als Sitze zu besetzen sind, werden die überzähligen Namen gestrichen.</p> <p>² Mit der Streichung ist am Ende des Wahlzettels unten rechts zu beginnen. Es sind jedoch zuerst die gedruckten Namen zu streichen.</p>
Zusatzstimmen	<p>Art. 66 ¹ Leer gelassene oder durch Streichungen leer gewordene Linien gelten als Zusatzstimmen, wenn der Wahlzettel eine Listenbezeichnung oder Ordnungsnummer trägt.</p> <p>² Widersprechen sich Listenbezeichnung und Ordnungsnummer, so gilt die Listenbezeichnung.</p> <p>³ Enthält ein Wahlzettel keine oder mehr als eine Listenbezeichnung beziehungsweise Ordnungsnummer, entstehen keine Zusatzstimmen.</p>
Ermittlung	<p>Art. 67 ¹ In der Auszählung der Wahlzettel ermittelt der Wahlausschuss zunächst:</p> <p><i>a</i> die Kandidatenstimmen;</p> <p><i>b</i> die Zusatzstimmen;</p> <p><i>c</i> die Summe der Kandidaten- und Zusatzstimmen der einzelnen Listen (Parteistimmen);</p> <p><i>d</i> die Gesamtzahl aller Parteistimmen.</p>
Verteilzahl	<p>² Hierauf wird die Gesamtzahl der gültigen Parteistimmen durch die Zahl der zu besetzenden Sitze plus eins geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl bildet die Verteilzahl.</p>
Erste Verteilung	<p>³ Sodann werden die Parteistimmen jeder eingereichten Liste durch die Verteilzahl dividiert. Das Ergebnis zeigt an, wieviele Sitze jeder Liste zu kommen.</p>
Weitere Verteilung	<p>Art. 68 ¹ Wenn durch die erste Verteilung nicht alle Sitze vergeben sind, so wird die Parteistimmenzahl jeder Liste durch die Zahl der ihr schon zugewiesenen Sitze plus eins geteilt. Der Liste, die dabei die grösste Zahl erreicht, wird ein weiterer Sitz zugeteilt. In diese Verteilung sind</p>

auch Listen einzubeziehen, die bei der ersten Verteilung keinen Sitz erhalten haben.

² Dieses Verfahren wird wiederholt, bis alle Sitze vergeben sind.

³ Ergibt die so durchgeführte Teilung zwei oder mehrere gleiche Zahlen, erhält diejenige Liste den Sitz, die bei der ersten Verteilung den grössten Rest aufwies. Sind auch diese Reste gleich, entscheidet das Los unter den Listen.

Verteilung in
Listenverbindungen

Art. 69 ¹ Sind Listen miteinander verbunden, wird vorerst die Gesamtzahl der auf sie gefallenen Parteistimmen festgestellt. Diese Gruppe wird bei der Zuweisung der Sitze zunächst als eine einzige Liste behandelt.

² Auf die einzelnen Listen der Gruppe werden die Sitze gemäss Art. 67 Abs. 3 und Art. 68 Abs. 3 und Art. 69 verteilt.

Gewählte und
Ersatzleute

Art. 70 ¹ Von jeder Liste sind entsprechend der vorgenommenen Verteilung diejenigen Kandidatinnen und Kandidaten gewählt, die am meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmgleichheit entscheidet deren Reihenfolge auf der Liste.

² Nicht gewählte Kandidatinnen und Kandidaten sind Ersatzleute.

³ Die Ersatzleute rücken an die Stelle von ausscheidenden Mitgliedern der gleichen Liste in der Reihenfolge der von ihnen erreichten Stimmzahl. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet die Reihenfolge der Kandidatinnen und Kandidaten auf der Liste.

⁴ Das Ausscheiden eines Mitglieds und die Ordnung der Nachfolge wird durch Beschluss des Gemeinderats festgestellt.

Ergänzungswahl

Art. 71 ¹ Ergibt die Verteilung für eine Liste mehr Sitze, als sie Kandidatinnen oder Kandidaten aufweist, oder hat sie keine Ersatzleute mehr, so findet eine Ergänzungswahl statt.

² Die Unterzeichnenden des in Betracht fallenden Wahlvorschlags werden von der Gemeindeschreiberin oder vom Gemeindeschreiber aufgefordert, dem Gemeinderat innerhalb von zehn Tagen so viele Vorschläge zu machen, als der Liste noch Sitze zustehen.

³ Dieser Vorschlag bedarf der Zustimmung von mindestens fünf der ursprünglich Unterzeichnenden des Wahlvorschlags. Nach Bereinigung der Vorschläge werden diese Kandidatinnen und Kandidaten vom Gemeinderat ohne Wahlverhandlung als gewählt erklärt.

⁴ Machen die Unterzeichnenden von diesem Vorschlagsrecht keinen Gebrauch oder können sie sich nicht einigen, so ordnet der Gemeinderat einen öffentlichen Wahlgang nach den Bestimmungen von Art. 49 an.

2.3.3 Mehrheitswahlen (Majorzwahlen)

Anwendungsbereich	Art. 72 Die Stimmberechtigten wählen im Mehrheitswahlverfahren an der Urne die Präsidentin oder den Präsidenten der Gemeinde und des Gemeinderates in einer Person (Gemeindepräsidentin / Gemeindepräsident).
Wahl des Gemeindepräsidiums; Voraussetzungen	Art. 73 Wer als Gemeindepräsidentin oder Gemeindepräsident kandidiert, muss von einer Partei oder Gruppierung, vorgeschlagen und gewählt werden.
Erster Wahlgang, absolutes Mehr	Art. 74 ¹ Als Gemeindepräsidentin oder Gemeindepräsident ist im ersten Wahlgang gewählt, wer das absolute Mehr gemäss Abs. 2 erreicht hat. ² Das absolute Mehr wird ermittelt, indem die Gesamtzahl der gültigen Wahlzettel halbiert wird und dieses Ergebnis auf die nächsthöhere ganze Zahl aufgerundet wird. ³ Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los, das vom Präsidenten des Ausschusses gezogen wird.
Zweiter Wahlgang	Art. 75 ¹ Ein zweiter Wahlgang findet statt, wenn im ersten Wahlgang keine der kandidierenden Personen das absolute Mehr erreicht hat. ² Der zweite Wahlgang findet in der Regel drei Wochen nach dem ersten statt. ³ Für den zweiten Wahlgang kandidieren die zwei Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl aus dem ersten Wahlgang. Erreichen mehr als zwei Kandidaten gleich viele Stimmen, bleiben sie alle in der Wahl. Treten sie für den zweiten Wahlgang nicht an, können andere Kandidaten vorgeschlagen und gewählt werden. ⁴ Im zweiten Wahlgang entscheidet das relative Mehr. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los, das von der Präsidentin oder dem Präsidenten des Ausschusses zu ziehen ist.
Stille Wahl	Art. 76 Wird nur eine Kandidatin oder ein Kandidat für das Gemeindepräsidium vorgeschlagen, wird sie oder er vom Gemeinderat ohne Durchführung eines Wahlgangs als gewählt erklärt.
Ersatzwahlen, Grundsatz	Art. 77 ¹ Die Durchführung von Ersatzwahlen richtet sich unter Vorbehalt der nachfolgenden Bestimmungen nach den Bestimmungen für ordentliche Wahlen. ² Ersatzwahlen finden zwölf Wochen seit dem Ausscheiden des bisherigen Amtsinhabers statt.

Ersatzwahl des
Gemeindepräsidiums

Art. 78 ¹ Scheidet die Gemeindepräsidentin oder der Gemeindepräsident während der Amtsdauer aus dem Amt aus, übernimmt die Vizegemeindepräsidentin oder der Vizegemeindepräsident interimistisch das Gemeindepräsidium.

² Wird bei der Ersatzwahl für das Gemeindepräsidium die neue Gemeindepräsidentin oder der neue Gemeindepräsident aus der Mitte der bisherigen Gemeinderatsmitglieder gewählt, rückt die Ersatzkandidatin oder der Ersatzkandidat derjenigen Liste, welche die/der Ausgeschiedene angehört, als Mitglied des Gemeinderates nach.

3. Wahlen durch Behörden

Ergänzende Vorschriften

Art. 79 ¹ Gestützt auf Art. 43 der Gemeindeordnung wählt der Gemeinderat im Mehrheitswahlverfahren (Majorz):

- a aus seiner Mitte die Vizepäsidentin oder den Vizepräsidenten;
- b die Mitglieder der ständigen Kommissionen;
- c die Delegierten und Vertreter der Gemeinde in Gemeindeverbindungen und sonstigen Organisationen.

² Die kantonalen Vorschriften über Minderheitenschutz im Majorzwahlverfahren bleiben vorbehalten.

Verfahren

Art. 80 ¹ Die Parteien und Gruppierungen unterbreiten dem Gemeinderat ihre Wahlvorschläge auf den durch den Gemeinderat festgelegten Termin.

² Der Gemeinderat kann verlangen, dass die Parteien und Gruppierungen für den beanspruchten Sitz mehrere Vorschläge einreichen.

³ Falls eine Partei der Forderung nach weiteren Vorschlägen nicht nachkommt, kann der Gemeinderat an deren Kandidatinnen oder Kandidaten zu Lasten der säumigen Partei den Vorzug geben.

Wahlart

Art. 81 Liegen mehrere Vorschläge vor, als Sitze zu vergeben sind, wird die Wahl geheim durchgeführt, wenn ein Behördenmitglied des Wahlorgans dies verlangt.

Form und Verfahren

Art. 82 Form und Verfahren richten sich sinngemäss nach den geltenden Bestimmungen der Art. 18 ff. betreffend Wahlen an der Gemeindeversammlung.

Amtsdauer

Art. 83 Die Amtsdauer in den Behörden nach Art. 79 entspricht derjenigen des Gemeinderats.

Rücktritt, Ersatzwahl

Art. 84 Bei vorzeitigen Rücktritten erfolgt eine Ersatzwahl für die restliche Amtszeit. Vorbehalten bleibt Art. 12 der Gemeindeordnung.

4. Schlussbestimmungen

Ergänzende Vorschriften	Art. 85 Für Fragen, die in diesem Reglement nicht geordnet sind, gelten sinngemäss die Abstimmungs- und Wahlvorschriften des Kantons. Fehlen solche, gelten diejenigen des Bundes.
Strafen	Art. 86 ¹ Wer gegen Bestimmungen dieses Reglements und gestützt darauf erlassene Verfügungen von Gemeindeorganen verstösst, wird mit einer Busse bis CHF 5'000.00 bestraft, sofern nicht eidgenössische oder kantonale Strafvorschriften oder Disziplinarstrafbestimmungen anwendbar sind. ² Der Gemeinderat verhängt die Bussen nach den Bestimmungen der kantonalen Gemeindegesetzgebung.
Inkrafttreten	Art. 87 ¹ Dieses Reglement tritt unter Vorbehalt der Genehmigung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern auf den 1. Januar 2013 in Kraft. ² Die Gesamterneuerungswahlen für die Amtsperiode vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2016 werden nach den Bestimmungen des vorliegenden Reglements und der Gemeindeordnung durchgeführt.
Aufhebung bisherigen Rechts	Art. 88 Das Abstimmungs- und Wahlreglement vom 1. Juli 2000 und weitere widersprechende Vorschriften werden aufgehoben.

Genehmigung

Das Wahl- und Abstimmungsreglement ist an der Urnenabstimmung vom 11. März 2012 angenommen worden.

Einwohnergemeinde Oberhofen am Thunersee

Sonja Reichen
Gemeindepräsidentin

Rahel Tschanz
Gemeindeschreiberin

Auflagezeugnis

Die unterzeichnende Gemeindeschreiberin bescheinigt, dass das vorliegende Wahl- und Abstimmungsreglement während 30 Tagen vor der Beschlussfassung an der Urnenabstimmung vom 11. März 2012 in der Gemeindeschreiberei öffentlich aufgelegt worden ist. Die Auflage wurde ordnungsgemäss im Thuner Amtsanzeiger, Anzeiger für den Verwaltungskreis Thun, vom 9. und 16. Februar 2012 publiziert.

Oberhofen am Thunersee, 16. April 2012

Rahel Tschanz
Gemeindeschreiberin

Die Inkraftsetzung des Wahl- und Abstimmungsreglements per 1. Januar 2013 wird nach der Genehmigung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung im Thuner Amtsanzeiger publiziert.